

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden des
Ausschusses Schule und Weiterbildung
Herrn Dr. Schlieben

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 10.11.2021

AN/2383/2021

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	22.11.2021

Schulen und Kinder unterstützen, Programme entwickeln

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 22.11.2021 zu setzen:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, sofortige Maßnahmen- und Handlungspakete für das Schuljahr 21/22 und zusätzliche Förderprogramme (z.B. ein Sommerprogramm 2022) zu erarbeiten, um Defizite durch die Pandemie aufzuarbeiten.
2. Hierfür stellt die Verwaltung die benötigten Ressourcen auch unter Einbezug der Aktionsprogramme „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ und „Extra-Geld“ sicher und ermittelt Wege, weitere Sonderprogramme des Landes auszuschöpfen, um die benötigte Finanzierung zu sichern.

Begründung:

Das Gesundheitsamt verlässt sich auf die niedergelassenen Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte und die Erkenntnisse aus der freiwilligen U9. Bekannt ist jedoch, dass gerade für Kinder aus einem problematischen Umfeld, in dem die Notwendigkeit von regelmäßigen Untersuchungen nicht umgesetzt wird, die verpflichtenden Schuleingangsuntersuchungen sehr hilfreich sind, einen Förderbedarf zu erkennen.

Den Kindern wird durch das Verhalten der Verwaltung die Chance auf eine optimale Entwicklung genommen, denn wenn die Defizite oder der Förderbedarf erst im Alltag auffallen, haben die Kinder schon wichtige Zeit und den Anschluss in der Schule verloren. Rahmenbedingungen und Unterstützungsmaßnahmen der Verwaltung sowie Unterstützung durch den schulpsychologischen Dienst sind hier dringend erforderlich.

Denn auch wenn Defizite und ein Förderbedarf erkannt werden, dürfen es nicht die Kinder sein, die einer Benachteiligung ausgesetzt werden. Es muss der Rahmen geschaffen werden, dass die durch die Corona-Pandemie entstandenen Defizite und der zusätzliche Förderbedarf abgefangen und berücksichtigt werden.

Noch möglichst bis zum Start des Schuljahres 2022/23 muss dies umgesetzt sein, um den Kindern die Möglichkeit zu geben, vorbereitet den Übergang in die nächsten Klassen zu schaffen. Wir müssen davon ausgehen, dass mehr als doppelt so viele Kinder als üblich betroffen sein werden und ohne ein strukturell aufgelegtes Programm es mit den aktuellen Ressourcen nicht möglich sein wird, die Bedarfe abzudecken.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Homann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer